Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2021 Nr. 7 · 17. Jahrgang

JETZT ist Zeit zu handeln

Wahlprogramm beschlossen/ Der Wahlkampf beginnt



Unsere beiden Spitzenkandidaten. Foto: Martin Heinlein

Bei der Bundestagswahl 2021 geht es um viel: Auf wessen Rücken werden die Kosten der Corona-Krise abgewälzt? Schaffen wir einen sozial-ökologischen Umbau, der das Klima rettet und sozial gerecht ist, der das Leben für alle besser macht? Die LINKEN Antworten auf Corona und Klimakrise, auf den Umbau der Arbeitswelt und den Notstand in Pflege, Gesundheit, Bildung und Erziehung hängen zusammen: Die grundlegenden Dinge des Lebens können nicht über den Markt geregelt werden. Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau, Bildung und Erziehung, Pflege und öffentlicher Verkehr holen wir zurück ins Öffentliche und in die Kommunen. Wir statten die Kommunen so aus, dass sie das leisten können. Denn: Was für alle da ist, muss allen gehören. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, in denen die Menschen nicht am Limit der Belastung und von Monat zu Monat leben. Wir wollen, dass Arbeit gut organisiert und bezahlt wird.

Mit der LINKEN wird diese Wahl ein Aufbruch. Zusammen mit den vielen Menschen, die in den vergangenen Monaten gesehen haben, was sie alles erreichen können, sagen wir: Das geht besser. Wir können eine Gesellschaft schaffen, in der Leistung nicht nur beklatscht, sondern anerkannt und besser bezahlt wird. In der die Voraussetzungen für eine planbare Zukunft, für eine soziale Geborgenheit gelegt werden. Ein krisenfestes Gesundheitssystem und menschenwürdige Pflege sind machbar. Klimaschutz mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen zu verbinden ist machbar. Aber nicht mit dieser Regierung. Nicht, ohne sich mit Reichen und Konzernen anzulegen. Nicht, ohne dass wir gemeinsam aufbrechen, um die Welt zu verändern. Unser Aufbruch ist der Aufbruch der Vielen und der Aufbruch für eine Gesellschaft der Vielen.

Der Wahlprogrammparteitag der LINKEN fand unter wahrlich schwierigen Bedingungen statt. In Berlin herrschten an Wochenende vom 19. und 20. Juni 2021 tropische Temperaturen. Doch trotz der widrigen Umstände wurde das Wahlprogramm Kapitel für Kapitel diskutiert. Zahlreiche Änderungsanträge mussten besprochen und abgestimmt werden. Trotz der Hitze wurde keinesfalls hitzig diskutiert. Allen war der Wille anzumerken, an diesem Wochenende ein tolles Wahlprogramm zu verabschieden. Oder um es mit der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Amira Mohamed Ali, zu sagen: "Lasst uns jetzt alle zusammen für ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl kämpfen!"

Die 2. Tagung des 7. Parteitages, der Wahlprogrammparteitag, hat das Wahlprogramm nach zweitätigen Beratungen am 20. Juni 2021 beschlossen.

Es wird nach der Einarbeitung aller beschlossenen Änderungsanträge durch die Antragskommission in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Mietspiegel-Pflicht ist nicht einmal die halbe Miete

Zu der im Bundestag beschlossenen Mietspiegel-Pflicht erklärt Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE: „Die Mietspiegel-Pflicht ist leider noch nicht einmal die halbe Miete. Auch mit Mietspiegel-Pflicht und Mietpreisbremse lässt sich das Problem der rasanten Verdrängung von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen leider nicht lösen. Deshalb fordern wir als Linke einen bundesweiten Mietendeckel.

Der Mietmarkt hat in vielen Städten ein Preisniveau erreicht, bei dem wir nicht nur Mietsteigerungen verlangsamen, sondern die bestehenden Mieten tatsächlich senken müssen. Vor allem in und um Großstädten geben Menschen mit kleinen Einkommen die Hälfte ihres Einkommens für Miete aus - das kann auf Dauer nicht gut gehen.“

Mietenstopp wird wahlentscheidend

„Die Bundesregierung hat viel zu lange die Interessen der Immobilienlobby vor die Interessen der Mieterinnen und Mieter gestellt. Die mietenpolitische Bilanz der Großen Koalition fällt düster aus. Die Mieten steigen weiter dreimal so schnell wie die Löhne. Es ist Zeit für einen Regierungswechsel, um einen bundesweiten Mietendeckel inklusive Mietenstopp, Mietobergrenzen und Mietsenkungen durchzusetzen“, erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende und mietenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, anlässlich des Deutschen Mietertags.

In dieser Ausgabe

2 LINKS informiert
KOSMOS – Haben wir schon/ Meldungen

3 LINKS intensiv
DIE LINKE – Sozialversicherung und Triebkraft beim Klimaschutz

4 LINKS Im Kalender
Kalenderblätter von 1893 – 1945

5 LINKS Im Rathaus
Eine Halbjahresbilanz der Fraktion/ CORONA-Prämien für alle Mitarbeiter/ Zukunftsfähige Bildungslandschaft für Potsdam

6 LINKS DIREKT
Kein Profit mit unserer Gesundheit/ Soziale Garantien für eine Gesellschaft ohne Angst/ Bündnis Wohnen für Brandenburg/ Norbert Müller bilanziert/ Bestes Potsdamer Integrationsobjekt gesucht

8 DIE LETZTE SEITE
Filmmuseum feierte 40 Jahre/ Medaillen für Potsdamer „Stabies“/ Buchimpfehlung/ Keine Geschenke für Hohenzollern

Informationen der Redaktion

Im August kommt KEINE „PaS“. Dafür erscheint am 6. August 2021 eine spezielle Wahlkampfzeitung zur bevorstehenden Bundestagswahl.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

KOSMOS? Äh, der existiert bereits.



Welchen Namen soll das neue Kreativ-Quartier in Potsdams Mitte erhalten. An dieser Frage dürfen sich seit Anfang Juni 2021 auch die Potsdamer beteiligen. Bisher waren fünf Agenturen beteiligt. Sie wurden im Mai eingeladen, in einem dreiwöchigen Prozess Vorschläge zu entwickeln. Eine Jury hatte sechs Namen ausgewählt - "STRÖM - STRÖM", "NEUE WERKE", "SEELE", PORT", der alte Name "Kreativ Quartier Potsdam" und "KOSMOS". Und über letzteren ist nun auch das Rechenzentrum gestolpert.
"Wie kann es sein, dass auch der Vorschlag „KOSMOS” auf ihrer Shortlist gelandet ist?", fragen der Sprecher:innen-Rat der Nutzenden des Rechenzentrums, der Vorstand des Freundliche Übernahme Rechenzentrum e.V. und die Kulturlobby Potsdam. "Den gibt es doch schon - seit knapp sechs Jahren im Rechenzentrum Potsdam!" Sie haben nun einen gemeinsamen Kommentar veröffentlicht:
Der KOSMOS existiert bereits - seit knapp sechs Jahren im Rechenzentrum Potsdam.
Die Eigentümer des Grundstücks am ehemaligen Langen Stall und Feuerwache an der Plantage suchen einen Namen für ihr Gelände und stellen in einer Presseerklärung und auf ihrer Internetseite sechs ausgewählte Vorschläge vor. Interessierte können nun im Netz ihren Favoriten auswählen. Grundsätzlich ist es eine begrüßenswerte Sache, die Stadtgesellschaft zu befragen. Aber wir fragen die Jury, wie es sein kann, dass auch der Vorschlag „KOSMOS” auf ihrer Shortlist gelandet ist? Wir empfinden diesen Vorschlag als höchst unsensibel. Dem Investor Glockenweiß und der beauftragten Jury musste bereits im Vorfeld klar sein, dass dieser Vorschlag nicht in Frage kommt.
Der Name KOSMOS wird seit vielen Jahren schon im benachbarten Rechenzentrum genutzt und ist ein wesentliches Element der Marke RZ. In vielfältiger Weise ist er heute Bestandteil der Arbeit im Rechenzentrum. Einige Beispiele:

- Der „Kosmos“ ist der zentrale Veranstaltungsraum im RZ.
- Seit fast vier Jahren finden die monatlichen Kosmoskonzerte statt.
- Das von dem MWAE und MWFK Brandenburg geförderte Projekt zur Weiterentwicklung des RZ heißt „Büro Kosmos“.
- Künstler:innen und Kreative des RZ lassen sich von den Kosmos-Bildern des Mosaiks am Haus „Der Mensch bezwingt den Kosmos” inspirieren.
- Die erste öffentliche Aktion, bei der Kreativschaffende aus dem Haus 2014 das Mosaik öffentlich mit Wasser und Schwamm reinigten, hieß „Aktion Kosmos”, die erste Ausstellung im Sommer 2015 im Kosmos hieß „Kosmosaike”.
- Das „Maskottchen” des Rechenzentrums ist ein Kosmonaut.
- Die erste filmische Dokumentation über das RZ und sein Entstehen, unterstützt von der ProPotsdam GmbH, heißt „Vom Abrissobjekt zum Kreativkosmos”.

Darüber hinaus ist Fritz Eisels Mosaikzyklus „Der Mensch bezwingt den Kosmos“ ein augenfälliger Teil des Gebäudes der Nachkriegsmoderne und ein Denkmal. Für Passant:innen sind es besondere, Aufmerksamkeit weckende Bilder. Für viele Menschen, die im RZ und darüber hinaus arbeiten und wirken, sind es identitätsstiftende und inspirierende Bildwelten, aber auch Gegenstand kritischer und künstlerischer Auseinandersetzungen.
Sofern die Agentur, die den Namen „KOSMOS“ vorschlägt, nicht aus Potsdam kommt, kann man ihr zugutehalten, dass sie mit den Konstellationen vor Ort nicht vertraut ist. Die Jury musste es allerdings besser wissen! Dass sie sich dennoch dafür entschieden hat, KOSMOS in die engere Auswahl zunehmen, kann aus unserer Sicht nur ein Versehen sein. Andernfalls wäre es ein unerfreulicher Versuch, die Mosaike und das damit verbundene und etablierte KOSMOS-Narrativ zu überschreiben und für das neue Quartier zu nutzen. Hinzu kommt, dass momentan Akteur:innen von Landeshauptstadt Potsdam, Garnisonkirchenstiftung und Rechenzentrum intensiv an Phase 2 des 4-Phasen-Prozess arbeiten. Dieser Prozess wurde gestartet durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2020. Er beinhaltet insbesondere den (Teil-)Erhalt des Rechenzentrums als mögliches Ziel. Der Abriss ist seitdem nicht mehr gesetzt.
Bereits im Masterplan für das Quartier gab es die schnell verworfene Idee, die Mosaike in dem neuen Quartier zu verteilen und somit zu banalen Schauobjekten zu entwerten. Das konnte verhindert werden. Heute ist es Konsens, dass das Mosaik am Standort verbleibt. Anlässlich des Symposiums „ÜBER-ECK – Zum Umgang mit dem Mosaik am Potsdamer Rechenzentrum” (Februar 2020) wurde von den Fachleuten der sinnstiftende Zusammenhang der denkmalgeschützten Mosaike mit dem Gebäude hervorgehoben. Auch vom Begleitkreis, der über die Auswahl des Investors entschieden hat, gab es die eindeutige Vorgabe, das Thema Kosmos nicht – wie bereits durch entsprechende Straßennamen im sogenannten Erstentwurf „Village” vorgeschlagen – zu verwenden.
Wie kann also die Jury nun einen solchen übergriffigen und unsensiblen Vorschlag zur Wahl stellen, der die Nachbarschaft noch vor Baubeginn derart auf die Probe stellt?
Natürlich ist KOSMOS ein toller Name - keine Frage. Aber er ist nun mal in Potsdam schon vergeben!

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Wir bedanken uns bei unseren Wählerinnen und Wählern und bei allen, die unter diesen erschwerten Bedingungen durch Corona einen so engagierten und kreativen, oft unkonventionellen Wahlkampf in Sachsen-Anhalt geführt haben. Auch wenn unser Wahlergebnis für uns enttäuschend ist, bleiben wir unverzagt und kämpfen für höhere Löhne, bessere Bildung, für eine gute Gesundheitsversorgung sowie Solidarität und ein gleichberechtigtes Zusammenleben.

DIE LINKE ist Sozialversicherung und Triebkraft beim Klimaschutz



Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat DIE LINKE für die Bundestagswahl 2021 und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Janine Wissler, Spitzenkandidatin DIE LINKE für die Bundestagswahl 2021 und Parteivorsitzende, sowie Lorenz Gösta Beutin, Klima- und Energiepolitiker der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE erklären:

DIE LINKE schützt Klima, Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft - anders als andere Parteien, die über eine stark ansteigende CO2-Bepreisung Klimapolitik hauptsächlich über steigende Preise betreiben wollen. Die Forderung der Grünen, Heizkosten und Spritpreise noch stärker zu erhöhen, weisen wir zurück. Schon heute sind Gering- und Normalverdiener bei Strom-, Sprit- und Heizkosten über Gebühr belastet. In einer Regierung mit der Union bliebe vom ohnehin schwammigen Grünen-Konzept der Kompensationszahlungen am Ende nur der höhere Preis. Klimapolitik vor allem über Preiserhöhungen zu betreiben, spaltet die Gesellschaft und nützt dem Klima wenig, weil die Besserverdienenden, die zu einem höheren Co2-Ausstoß beitragen, die höheren Preise problemlos zahlen können. Sie schadet am Ende sogar dem Klimaschutz, weil sie soziale Ungerechtigkeit verstärkt und die Akzeptanz vieler Bürgerinnen und Bürger schwindet: Schon bei der EEG-Abgabe ist es so, dass Bürgerinnen und Bürger durch umfangreiche Industrie-Ausnahmen mit steigenden Strompreisen die Profite von Konzernen finanzieren. Wenn nun Mieterinnen und Mieter durch den CO2-Preis steigende Heizkosten haben, während die Mineralölkonzerne und andere große Unternehmen durch Kompensationen von den steigenden Preisen ausgenommen sind, ist das in Zeiten steigender Mieten unerträglich. Wir wollen die Verursacher, nicht die Verbraucher in die Verantwortung nehmen.

In den aktuellen Debatten, insbesondere nach dem jüngsten Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, stellt sich für DIE LINKE nicht die Frage, ob Klimaschutz gemacht, sondern wie er in die Tat umgesetzt wird. Wir stehen für entschiedene Klimaschutzmaßnahmen gemäß dem Pariser Klimaabkommen, beantworten die Frage nach den Auswirkungen und verhindern eine einseitige und zusätzliche Belastung der einfachen Bevölkerung. Klimaschutz darf die Gesellschaft nicht über die einseitige Belastung der Bürgerinnen und Bürger auseinandertreiben. Mit uns gibt es keinen Griff in den Geldbeutel der kleinen Leute.

Die kommende Bundesregierung bestimmt in einer für den globalen Klimaschutz entscheidenden Zeit darüber, ob und wie Deutschland seinen fairen und gerechten Beitrag zur Erfüllung des Pariser Klimaschutzabkommens leistet. Für Die LINKE ist aus dieser Verantwortung heraus klar: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sind Grundpfeiler linker Politik. Beide Ziele, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wie die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sind für uns zentral. Wir machen uns stark für Kohlekumpel aus Lausitz und Ruhrgebiet, Angestellte in Windkraftindustrie, am Autofabrik-Fließband und im Stahlwerk, aber auch für die Bäuerin aus Mecklenburg-Vorpommern, die Vertriebenen kolumbianischer Steinkohleminen und den Klimageflüchteten aus Bangladesch. Wir bezeichnen das als Klimagerechtigkeit.

DIE LINKE und die Bundestagsfraktion sehen sich sowohl als Vertreterinnen und Vertreter der finanziell Schwachen dieses Landes als auch der jungen Klimaschutzbewegung. Auf dem Höhepunkt der Klimaproteste gegen die grundrechtswidrige Klima-Schlafwagenpolitik der Großen Koalition waren Vertreterinnen und Vertreter von FridaysForFuture zu Gast in unserer Bundestagsfraktion. Wir haben ihre Kritik und Vorschläge gehört und verstanden. Die Bundestagsfraktion hat als einzige Fraktion im Parlament die Ausrufung des "Klimanotstandes" beantragt, eine Gebäude- und Verkehrswende, die ihren Namen auch verdient, ohne die Kosten auf die Bürgerin und Bürger abzuwälzen, den Abzug klimaschädlicher Investitionen des Bundes (Divestment) und den Stopp neuer fossiler Infrastrukturen gefordert. Einstimmig wurde von der Bundestagsfraktion ein Sofort-Maßnahmenpaket verabschiedet: Mit dem "Aktionsplan Klimagerechtigkeit" zeigen wir als DIE LINKE ausführlich und im Detail, wie Deutschland das Paris-Abkommen bis 2030 und darüber hinaus einhalten kann. Klimaschutz von DIE LINKE ist sozial gerecht, für eine sozialökologische Transformation, die den Kapitalismus nicht nur grün anmalt, sondern ihn Schritt für Schritt verändert und den aus den Fugen geratenen Raubbau an Mensch und Natur überwindet.

DIE LINKE ist Klimaschutzpartei. Wir wollen ein klimaneutrales Deutschland bis 2035. Ein gesetzliches Ende des fossilen Verbrennermotors bei PKW ab 2030. 100 Prozent Erneuerbare Energien 2035 und den durch einen sozialen Strukturwandel in den Regionen abgesicherten Kohleausstieg 2030. Keine andere Partei kann diese Entschiedenheit für eine schnelle sozial-ökologische Transformation vorweisen. Es ist ein Alleinstellungsmerkmal der LINKEN, dass sie soziale Sicherheit und Klimagerechtigkeit nach vorne stellt. Klimaschutz geht mit uns nicht auf Kosten derjenigen, die schon heute unter den Folgen neoliberaler Umverteilung von unten nach oben zu leiden haben.

Darum bevorzugen wir eine Klimapolitik über intelligentes Ordnungsrecht statt markt-orientierte, aber zumeist ungerechte und klimapolitisch ineffiziente, weil zu langsame Marktmechanismen wie den CO2-Zertifikatehandel. Wo es dem Wohle der Allgemeinheit für einen gerechten Klimaschutz dient, wollen wir die großen Stromkonzerne und Stromnetze in öffentliche Hand bringen, was unser Grundgesetz als Möglichkeit ausdrücklich vorsieht. Wir wollen die Erneuerbaren Energien massiv ausbauen und Bürgerenergie, Genossenschaften, Kommunen und Stadtwerke stärker fördern. Wir wollen bezahlbares Wohnen und Klimaschutz zusammenbringen durch ein sozial gerechtes Programm für energetische Sanierungen und mehr öffentlichen Wohnungsbau. Wir wollen Deutschland zum Bahnland machen: eine gut ausgebaute, preiswerte und zuverlässige Bahn ist für uns Eckpfeiler einer entschiedenen Verkehrswende, die die Städte lebenswerter macht und in ländlichen Regionen überall Mobilität für alle garantiert. Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, der preisgünstig und perspektivisch kostenfrei ist, ermöglicht immer mehr Pendlerinnen und Pendlern den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn.

Mit einem staatlichen Fonds für Industrietransformation mit über 20 Milliarden Euro im Jahr wollen wir den Klima-Umbau in der Industrie unterstützten. Wir entwickeln einen Öko-Zukunftsplan für Industrie und Industriearbeiterinnen und -arbeiter, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt, die Unternehmen zu Klimaschutz verpflichtet, der mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben. Mit der sozialökologischen Investitionsoffensive schaffen wir sichere und sinnvolle Arbeit. Dadurch können wir im Laufe von 10 Jahren über 2 Millionen neue, gut bezahlte und ökologische Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen. Gerade unter den Belastungen der Corona-Krise darf Klimaschutz nicht gegen allgemeinen Wohlstand, Sozialstaat und gleiche Lebensverhältnisse ausgespielt werden: DIE LINKE ist darum Sozialversicherung und Triebkraft der Bürgerinnen und Bürger beim Klimaschutz und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir treten zur Bundestagswahl an, um einen echten Politikwechsel möglich zu machen, ganz besonders auch beim Klimaschutz. Wir sind überzeugt, dass es mit der Union nicht den notwendigen Klimaschutz und ohne DIE LINKE kein Halten beim Auseinanderdriften der Gesellschaft zwischen Arm und Reich geben kann.

KALENDERBLÄTTER

Lotte Pulewka *– geboren am 16. Juli 1893 in Elbing/Westpreußen - war die Tochter eines Apothekers. Von 1900 bis 1910 besuchte sie das Lyzeum in Elbing, von 1911 bis 1914 studierte sie an den Lehrerseminaren in Königsberg und Potsdam. Ab 1915 arbeitete sie als Lehrerin im Städtischen Fortbildungswesen in Berlin. Dort lernte sie Hermann Duncker und dessen Frau Käte Duncker kennen, ab 1916 arbeitete sie mit diesen illegal beim Jung-Spartakusbund mit. 1918 beteiligte sie sich aktiv an der Novemberrevolution und wurde ein Jahr später Mitglied der KPD. 1919 verhalf sie Wilhelm Pieck zur Flucht aus dem Reichsmilitärgericht. Sie erhielt 1922 von der KPD den Auftrag, in die Sowjetunion zu emigrieren, um dort die Leitung der Kinderkolonie "Karl Liebknecht - Rosa Luxemburg" bei Tscheljabinsk für die Internationale Arbeiterhilfe IAH zu übernehmen. 1924 arbeitete sie als Hauswirtschafterin auf einem Gut der IAH. Von 1925 bis 1927 war sie Mitglied einer landwirtschaftlichen Kommune bei Kurgan in Sibirien. Zwischen 1927 und 1931 arbeitete sie als Deutschlehrerin in Alma Ata und von 1931 bis 1932 leitete sie die Abteilung für Annahme, Entlassung und Verteilung der Arbeitskräfte des großen Staatsgutes "Kok-cu" im Altai-Gebirge. An der Hochschule der Gewerkschaftsbewegung beim Zentralgewerkschaftsrat in Moskau gab sie von 1932 bis 1936 Deutschunterricht, ebenso von 1937 bis 1941 an einer Moskauer Mittelschule. Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg wurde sie 1941 in den Norden Kasachstans nahe Qaraghandy zwangsevakuiert, wo sie in der Kollektivwirtschaft "Neues Sein" arbeitete. 1946 übersiedelte Lotte Pulewka in die SBZ nach Potsdam, wo sie zunächst beim Provinzialverband der KPD Brandenburg, nach der Vereinigung von SPD und KPD bei der SED-Landesleitung und schließlich bei der SED-Bezirksleitung Brandenburg als Übersetzerin arbeitete. Später wurde sie Bibliothekarin bei der SED-Bezirksleitung Potsdam. 1958 wurde sie Mitglied der Bezirksleitung der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Lotte Pulewka starb am 6. November 1966. Ihre Urne wurde auf dem "Ehrenhain für verdiente Sozialisten" in Potsdam beigesetzt.*

1945 - Die Potsdamer Konferenz



Die wichtigste Konferenz zur Neuordnung Deutschlands und Europas nach der Befreiung vom Faschismus war ohne Zweifel die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Auf ihr trafen sich die Staatschefs der drei Siegermächte Großbritannien (Churchill, später Attlee), Sowjetunion (Stalin) und USA (Truman), um endgültige Festlegungen für das Nachkriegseuropa zu treffen. Zentrale Punkte waren bereits auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 angesprochen worden, wo bereits die Behandlung Deutschlands und Österreichs nach dem Sieg, die Notwendigkeit der Reparationszahlungen sowie Instrumente und Grundlagen einer friedlichen Nachkriegsordnung in Grundzügen fixiert worden waren.
Gemäß der Vereinbarungen von Jalta hatten sich die jeweiligen Alliierten auf die vereinbarten Grenzen ihrer Besatzungszonen zurückgezogen. Auch Frankreich war bereits als Besatzungsmacht tätig. Und die Umsiedlungen der deutschen Bevölkerungsteile aus dem Sudetengebiet und Polen waren bereits im vollen Gange.
In Potsdam klärten die Vertreter der Siegermächte folgende Fragen:
• Man formulierte gemeinsame Grundsätze über die Behandlung Deutschlands, da in allen Besatzungszonen vergleichbare politische und soziale Bedingungen hergestellt werden sollten. Zur gemeinsamen Verwaltung wurde ein Alliierter Kontrollrat geschaffen.
• Der antifaschistisch-demokratische Neubeginn sollte sich an den „großen D's“ orientieren: Demokratisierung, Demilitarisierung, Demonopolisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung.
• Auf der Konferenz wurde auch die Schaffung eines Internationalen Militärgerichtshofs zur Verfolgung der Hauptkriegsverbrecher beschlossen, der im Oktober 1945 in Nürnberg seine Arbeit aufnahm.
• Die Staatschefs legten die Reparationen, ihren jeweiligen Umfang sowie die Verteilung der Lasten zwischen den Besatzungszonen fest.
• Beim Thema „Polen“ wurden die polnische Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) und der polnische Anteil Ostpreußens endgültig fixiert, wobei zu diesem Thema auch eine polnische Delegation gehört wurde.
• Eine wichtige Frage war die Überführung der deutschen Bevölkerungsteile aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.
Die dreiwöchige Beratung lief nicht ohne Widersprüche. In dieser Zeit realisierten die USA ihren ersten Atomwaffenabwurf, was kurzfristig eine militärische Überlegenheit der USA signalisierte. In Großbritannien wurde Winston Churchill bei der Parlamentswahl durch eine Labour-Regierung abgelöst, was den amerikanischen Einfluss wiederum schwächte. So spiegelten die Ergebnisse dieser Konferenz das damals recht fragile Kräfteverhältnis angemessen wider.

1915 – Prof. Werner Nerlich geboren

Werner Nerlich wurde am 3. Juli 1915 in Nowawes geboren. Er absolvierte sein Kunststudium in Berlin. Gleich nach Beendigung seines Studiums erfolgte die Einberufung zum Militärdienst im Jahre 1939. Als junger Soldat mit antifaschistischer Einstellung entschloss er sich 1943 im Kessel von Stalingrad, auf die Seite der Roten Armee zu wechseln. Ab Juli 1944 war er für das Nationalkomitee Freies Deutschland im Fronteinsatz.
Nach 1945 musste Werner Nerlich seine künstlerische Arbeit erneut zurückstellen, um lebenswichtige Aufgaben zur Organisation des Nachkriegslebens zu erfüllen. Als er sich ab Januar 1946 von dieser Tätigkeit frei machen konnte, beschäftigte er sich mit den Entwürfen für erste Plakate und Drucksachen. Werner Nerlich war Mitbegründer des Kulturbundes.1949 wurde er zum 2. Vorsitzenden des Schutzbundes Bildender Künstler gewählt. Gemeinsam mit Otto Nagel initiierte er Ausstellungen wie z. B. die erste Ausstellung in der Villa Kellermann oder Ausstellungen im Potsdamer Marstall mit Künstlern wie Max Pechstein, Karl Hofer und anderen. 1947 setzte er seine Vision um, in Potsdam eine Kunstschule zu gründen. Zwischen 1947 und 1951 war er künstlerischer Leiter der Landesmalschule in Potsdam. Zwischen 1951 und 1955 wurde er Direktor der Fachschule für Angewandte Kunst Potsdam. 1955 bis 1973 war Professor Nerlich Direktor der Fachhochschule für Werbung und Gestaltung Berlin und der Außenstelle in Potsdam.
Neben seiner beruflichen Tätigkeit für die Fachhochschule betätigte er sich als Maler und Grafiker. Bei seinen freien künstlerischen Arbeiten ist die baugebundene Kunst ein wichtiges Thema. Den Potsdamern wird vor allem das Metallrelief an der ehemaligen Schwimmhalle Am Brauhausberg, das Wandbild im Alten Rathaus und die Glockenstele auf dem Alten Friedhof bekannt sein.
Von 1973 bis zu seinem Tode im Jahre 1999 war der Künstler und Ehrenbürger der Stadt Potsdam freischaffend als Maler und Grafiker in Potsdam tätig.

Mieten deckeln, Schulen bauen, ÖPNV entwickeln …

SVV vor wachsenden Aufgaben



Der Innenstadt-Campus unserer Stadtverwaltung

Es lag fast ein Hauch von Nostalgie in der Luft als die Stadtverordneten sich am 23.6. mit einer Sondersitzung in die Sommerpause verabschiedeten. Nostalgie deshalb, weil nach anderthalb Jahren erstmals wieder eine Stadtverordnetenversammlung im Plenarsaal des Rathauses stattfand. Trotz mehrfacher Umzüge – zunächst in die IHK, später in die Uni und schließlich in die MBS-Arena hatten die Stadtverordneten stets ein umfangreiches Programm zu bewältigen. Die Arbeitsbedingungen in der Pandemie trugen dabei nicht zur Erleichterung bei.
Wie nun sieht sie aus – die Bilanz der ersten Jahreshälfte 2021? Das Thema „Bezahlbares Wohnen“ gehört zu den drängendsten Aufgaben in der Stadt, wie auch das kürzlich gestartete Bürgerbegehren dazu zeigt. DIE LINKE hat mit zahlreichen Handlungsaufträgen, insbesondere zum Umgang mit Grund und Boden, aber auch zu Einzelvorhaben dieses wichtige Anliegen immer wieder zum Schwerpunkt gemacht.
Die Erkenntnis, dass kommunale Flächen zu den effektivsten Regulierungsmöglichkeiten in der Mietenfrage gehören, setzt sich langsam allgemein durch. Sie auch in konkrete Handlungskonzepte für die Stadt und Unternehmen umzusetzen, ist eine der wichtigsten Aufgaben für die kommenden Monate. Natürlich muss auch das städtische Wohnungsunternehmen seinen Beitrag zur Dämpfung des Mietenanstiegs leisten. Allerdings darf man den Bogen auch nicht überspannen. Die PRO Potsdam in wirtschaftliche Schieflage zu bringen – damit würde man den Mieter:innen einen Bärendienst erweisen!
Endlich auf sichere Füße gestellt haben die Stadtverordneten nunmehr auch die Einführung des TVöD im städtischen Klinikum. Zur rechtlichen Absicherung eines städtischen Zuschusses von immerhin bis zu 10 Mio Euro jährlich, verabschiedeten sie einen sogenannten Betrauungsakt. Beschäftigen wird uns das Thema dennoch weiterhin. Zum einen im Rahmen des Strategieprozesses zur Neuausrichtung des Klinikums, bei dem die Interessen der Patient:innen, Mitarbeitenden und die Wirtschaftlichkeit unter einen Hut gebracht werden müssen, zum anderen aber auch, weil ein solches Zuschussgeschäft auch für die Stadt nur begrenzt durchhaltbar ist.
Weitere gut 280 Mio Euro an Investitionen – in neue Kitas und Schulen bringt die gerade beschlossene Kita- und Schulentwicklungsplanung mit sich. Bis zuletzt war erbittert darum gerungen worden. DIE LINKE. konnte sich schließlich mit ihrer Auffassung durchsetzen, die bereits bestehende Schule „Am Schloss“ nicht in eine unsichere Zukunft nach Krampnitz zu verschieben. Dennoch wird es auch ein neues Gymnasium im Norden geben.
Nächste Aufgabe: bei der Neuausrichtung der beruflichen Bildung die Angebote des OSZ I möglichst vollständig in der Stadt zu halten.
Gute Nachrichten zuletzt für Krampnitz: Die Entwicklung bis 5.000 Einwohner:innen ist genehmigt, für den weiteren Aufwuchs bis Krampnitz 10.000 ist die Sicherung der TRAM zwingend. Damit sind die Rahmenbedingungen geklärt – und die nächste große Aufgabe beschrieben.
Es bleibt also weiter spannend in Potsdam – und täglich kommen neue Herausforderungen dazu.

Zukunftsfähige Bildungslandschaft für Potsdam



Grundschule am Jungfernsee
FOTO: Lichtschwärmer

Kurzfristig war die Beschlussfassung zur Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung (IKSEP) in der letzten Stadtverordnetenversammlung gestoppt worden. Nun hat die Verwaltung ein Szenario vorgelegt, das die Kooperationsfraktionen zur Grundlage eines umfassenden Änderungsantrages machen wollen. Dazu erklären die Fraktionsvorsitzenden: „Ich freue mich, dass nach hartem Ringen am Ende nun eine Lösung stehen könnte, mit der wir gegenüber der Schule am Schloss Wort halten können, deren Verbleib im Quartier gesichert und ein schneller Umzug an den endgültigen Standort in der Jägerallee ermöglicht wird. Gleichzeitig ist es mir wichtig zu betonen, dass wir den Verbleib der beruflichen Bildungsgänge in Potsdam sichern wollen. Es darf nicht darum gehen, Angebote zu schließen, sondern Ressourcen und natürlich auch Standorte durch eine Neustrukturierung so gut wie möglich zu nutzen.“, sagte Stefan Wollenberg, der auch Vorsitzender des Bildungsausschusses ist, für DIE LINKE.

Stefan Wollenberg, Co-Vorsitzender der LINKEN-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Bei Corona-Prämien alle Mitarbeiter*innen berücksichtigen!



*Wie am 10. Juni 2021 der Presse zu entnehmen war, wird die Corona-Sonderzahlung des Bundes im Klinikum „Ernst von Bergmann“ nur an direkt Beschäftigte des Klinikums ausgezahlt. Beschäftigte der Tochtergesellschaften bleiben außen vor. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung, Dr. Sigrid Müller: „Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass mit diesem Vorgehen erneut eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in unserem kommunalen Klinikum geschaffen wird. Alle Beschäftigten haben während der Pandemie an einem Strang gezogen und tun es noch jetzt. Ihnen allen steht eine entsprechende Anerkennung unbedingt zu! Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie die Geschäftsführung ein solches Vorgehen vorschlagen konnte und es ist mindestens unverständlich, dass der Betriebsrat dieser Regelung offenbar zugestimmt hat. Alle Beschäftigten haben eine Prämie verdient – erst recht, da schon im vergangenen Jahr mit unterschiedlichem Maß gemessen wurde. Selbstverständlich haben die Mitarbeiter*innen in Service, Catering und Diagnostik ebenso ihren Beitrag zur Bewältigung der Pandemie erbracht und müssen bei der Prämienzahlung berücksichtigt werden. Andere kommunale Häuser wie das Carl-Thiem-Klinikum oder auch das Krankenhaus in Eisenhüttenstadt, zeigen, dass es geht. Ich erwarte von der Geschäftsführung, dass diese falsche Weichenstellung umgehend korrigiert wird.“*

Kein Profit mit unserer Gesundheit!

Wir wollen ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Gesundheit darf nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen: Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen. Wir setzen auf eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir überwinden.



Pflegenotstand stoppen

Soziale Ungerechtigkeit macht krank. Als Folge eines starken Konkurrenzdrucks nehmen nicht nur psychische Erkrankungen zu. Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher! Die Gesundheitsreformen der letzten Regierungen haben die Ungerechtigkeit im Gesundheitssystem verschärft. Unternehmen wurden entlastet, Versicherte müssen allein für steigende Kosten aufkommen.
Gleichzeitig machen Pharmaindustrie und Krankenhauskonzerne Milliardenprofite mit Versichertengeldern. Gesetzliche Krankenkassen müssen miteinander konkurrieren, dabei müssten der Bedarf und die Versorgung im Mittelpunkt stehen. Leistungen wurden gekürzt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für die Versicherten eingeführt. Wer heute krank wird, muss oft tief in die Tasche greifen. Allein der Zahnersatz kann zur Existenzfrage werden. In Krankenhäusern gibt es viel zu wenige Pflegekräfte. Seit Jahren werden dringend notwendige Investitionen in den Krankenhäusern zurückgehalten.
Gerade die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass uns das Kaputtsparen des Gesundheitssektors schnell auf die Füße fällt.

DIE LINKE fordert

1. Solidarische Gesundheitsversicherung: Alle zahlen mit allen Einkommen ein. Paritätische Finanzierung der Beiträge.

2. Aufwertung und gesetzliche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege: 100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern.

3. Pflegevollversicherung: Alle Leistungen werden übernommen. Alle zahlen mit allen Einkommen ein, auch privat Versicherte, Beamte, Abgeordnete und Selbständige.

4. Wir wollen Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren und den Personalmangel bekämpfen.

5. Zuzahlungen und Leistungsausschlüsse wie etwa bei Brillen und beim Zahnersatz, bei Arzneimitteln und im Krankenhaus oder bei der Physiotherapie müssen wegfallen. Notwendige Leistungen müssen gewährt werden ohne Zuzahlung.

6. Der Einfluss der Pharmaindustrie muss zurückgedrängt werden. Medikamentenpreise wollen wir begrenzen

7. Ambulante Versorgung in Stadt und Land verbessern – kürzere Wartezeiten!

8. Die beste Gesundheitspolitik ist die, die Gesundheit fördert und Krankheit verhindert. Darum: Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck.

9. Wir wollen das Gesundheitswesen von Barrieren befreien - von Hindernissen beim Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern aber auch von Hindernissen in der Kommunikation: leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.

Soziale Garantien für eine Gesellschaft ohne Angst

Soziale Sicherheit gibt uns den Rückhalt, den wir für ein gutes Leben brauchen. Deshalb wollen wir die sozialen Sicherungssysteme ausbauen, für gute Arbeitsbedingungen und hohe Löhne sorgen und die gesetzliche Rente zu einer wirklichen Absicherung im Alter machen. Nur wenn wir uns nicht blinden Marktkräften ausgeliefert fühlen und niemand Angst haben muss zurückzufallen, sind wir als Gesellschaft wirklich frei.

Wir lassen niemanden zurück!

Wir streiten dafür, dass niemand – egal ob in Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit oder Rente, ob als Soloselbständige oder als Studierende:r – unter 1.200 Euro fällt. Das ist unsere Grenze für ein gerechtes Mindesteinkommen. Damit garantieren wir einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebensphasen und Lebenssituationen – auch in der Rente. Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die auch Soloselbständige absichert. Die Zeit für Hartz IV ist abgelaufen. Wir führen eine Mindestsicherung ein, die sanktionsfrei ist, also nicht gekürzt werden kann.

Bessere Rente für ein gutes Leben auch im Alter:

Wir treten für eine gesetzliche Rente ein, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Altersarmut schützt. Deshalb heben wir das Rentenniveau sofort auf 53 Prozent an. Die Rente erst ab 67 nehmen wir zurück. Die Renten von Menschen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten, werten wir auf. Das ist unser Solidarausgleich für Niedriglohn, der tatsächlich wirkt – anders als die von der Großen Koalition beschlossene sogenannte Grundrente, die viel zu kurz greift. Und unser Kernprojekt für ein gerechtes und stabiles Rentensystem: Wir erweitern die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Solidarischen Erwerbstätigenversicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler:innen, Beamt:innen, Manager:innen und Politiker:innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Als soziale Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro für all jene ein, die trotz der Reformmaßnahmen ein zu niedriges Alterseinkommen haben, um davon leben zu können.

Besserer Schutz bei Erwerbslosigkeit:

Junge Menschen erhalten schneller einen Anspruch auf Arbeitslosengeld und langjährig Beschäftigte werden davor bewahrt, nach kurzer Zeit in das Hartz-IV-System wechseln zu müssen. Sperrzeiten und Sanktionen schaffen wir ab. Das Arbeitslosengeld erhöhen wir auf einheitlich 68 Prozent. Statt Hartz IV führen wir ein Arbeitslosengeld Plus (58 Prozent) ein. Das Kurzarbeitergeld erhöhen wir auf 90 Prozent des Nettoentgelts. Für Geringverdienende gibt es ein Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro.

Besserer Schutz gegen Armut:

Wir ersetzen Hartz IV durch eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro. Sie gilt für Erwerbslose, Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen. Als Sofortmaßnahme bis zur Einführung unserer Mindestsicherung erhöhen wir die derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus tatsächliche Wohn- und Stromkosten.

Besserer Schutz gegen Kinderarmut:

Wir wollen eine eigenständige Kindergrundsicherung, die leicht verständlich, transparent und gerecht ist. Die Höhe fällt abgestuft aus. Beginnend bei 630 Euro für die ärmsten Kinder wird sie je nach Einkommenssituation auf mindestens 328 Euro abgeschmolzen. Das entspricht dem Kindergeld, das wir für alle Kinder als Sofortmaßnahme erhöhen wollen. Es wird einkommensunabhängig an alle Familien monatlich gezahlt.

Wir brauchen einen Neustart des ‘Bündnis Wohnen’ in Brandenburg!



Im Jahr 2017 gründete die damalige SPD-Bauministerin Kathrin Schneider das ‚Bündnis für Wohnen‘. Der Zusammenschluss aus Handelskammern, Verbänden der Immobilienunternehmen, der Architektenkammer, dem Städte- und Gemeindebund, Verbänden der Bauwirtschaft und dem Mieterbund setzte sich zum Ziel, das Infrastrukturministerium bei der Schaffung von mehr und besseren Wohnungen, sowie beim Ausbau von Mietpreis- und Belegungsbindungen zu unterstützen. Auffällig war jedoch von Beginn an, dass allein der Mieterbund dabei die Interessen der Mieter:innen vertrat. Zivilgesellschaftliche Initiativen oder aber Fraktionen, so wie sie im Potsdamer Bündnis für Wohnen vertreten sind, fehlten völlig. Als im Zuge der Überarbeitung der Potsdamer Mietpreisbremse auch noch der Mieterbund das Bündnis verließ, wurde spätestens offensichtlich: das Bündnis für Wohnen braucht einen Neustart. Einen Neustart, bei dem die Interessen der Mieter:innen und die Realisierung des Grundrechts auf Wohnen, so wie im UN-Sozialpakt für alle Menschen verbirgt ist, im Mittelpunkt der Debatten steht. Aus diesem Grund haben wir als Linksfraktion in der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause einen Antrag eingebracht, der den Neustart des Bündnisses forderte. Nach unserer Auffassung muss das Bündnis gemeinsam nach Wegen und Instrumenten suchen, um die Mieter:innen wirksam zu entlasten. Dabei geht es uns sowohl darum, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, als auch Mietsteigerungen durch z.B. eine konsequente Anwendung der Mietpreisbremse oder die Unterbindung von Zweckentfremdung und Umwandlungen in Eigentumswohnungen zu stoppen. Nachhaltiges Bauen, moderne Verkehrskonzepte sowie die demokratische Beteiligung aller Menschen in einem Wohnquartier bei Bauvorhaben und Stadtentwicklung müssen dabei ebenso Berücksichtigung finden. Diese inhaltliche Neuausrichtung im Interesse der Mieter:innen gelingt jedoch nur, wenn eine Begegnung auf Augenhöhe möglich ist und die Mehrheit der Interessenvertretung der Immobilienlobby durchbrochen wird. Aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen den Teilnehmendenkreis um Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen, Wohlfahrtsverbände, die Studierendenwerke und Landtagsfraktionen zu erweitern. Erwartungsgemäß wurde unser Vorschlag abgelehnt – die Koalitionsfraktionen haben damit eine weitere Chance vertan endlich Mietenpolitik im Interesse der Mieter:innen des Landes Brandenburg zu machen.

Isabel Vandre, MdL DIE LINKE

Kinderrechte müssen draußen bleiben

Vier Jahre vollmundiger Versprechen sind verstrichen und noch immer muss das Grundgesetz ohne Kinderrechte auskommen. Das schlussendliche Scheitern ihrer Aufnahme spielte sich dabei als Tragödie in zwei Akten ab.
Im ersten Akt erklärten Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) und der Unionsfraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus (CDU) die Verhandlungen mit Grünen und FDP gescheitert. Teilnehmer:innen zufolge ist der Begriff „Verhandlung“ hier jedoch fehl am Platz, weil die Union nicht bereit war, nur einen Millimeter vom Regierungsvorschlag abzurücken. Veränderungen hätte der vorliegende Vorschlag sehr gut vertragen, fällt er doch weit hinter die Vorgaben UN-Kinderrechtskonvention zurück.
Im zweiten Akt sollte ursprünglich der Rechtsausschuss die Kinderrechte-Gesetzentwürfe von LINKEN, Grünen und FDP behandeln. Doch zur Überraschung der Oppositionsfraktionen setzte die Koalition den Tagesordnungspunkt kurzerhand ab. Begründung: Man habe weiteren Beratungsbedarf – eine Farce. Der Scham über das Scheitern scheint so groß zu sein, dass noch nicht mal das routinierte Ablehnen unserer Anträge möglich ist.
Ein Blick zurück: Bereits 2001 brachte die PDS-Fraktion einen Vorschlag zu einer entsprechenden Verfassungsänderung ein. Der Vorschlag wurde damals wenig überraschend abgelehnt, die Diskussion aber war nicht mehr zu stoppen. Auch Grüne und SPD übernahmen die Forderung. Doch für eine Verfassungsänderung fehlte stets die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Union positionierte sich klar gegen die Forderung. Sekundiert von konservativen, christlichen Verbänden warnten CDU und CSU davor, das Recht von Eltern, ihre Kinder zu erziehen, könne ausgehöhlt werden. Umso überraschender war es, dass 2017 die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz erst Teil des Wahlprogramms der Unionsparteien und dann auch des Koalitionsvertrages mit der SPD wurde.
Um eine Formulierung auszuloten, setzte die Koalition eine Arbeitsgruppe ein. Diese stand erst kurz vor dem Scheitern, um anschließend nicht einen, sondern gleich drei Vorschläge zu präsentieren. Justizministerin Lambrecht machte sich auf der Suche nach einem Kompromiss den unambitioniertesten zu eigen. Doch auch der ging vielen in der Union noch zu weit.
Insbesondere das Recht von Kindern, an allen Angelegenheiten, die sie betreffen, beteiligt zu werden, und der Vorrang des Kindeswohls trafen bei den Konservativen auf Widerstand. Der Vorrang des Kindeswohls wurde daraufhin eingeschränkt und ist nur noch „angemessen zu berücksichtigen“. Vom Recht auf Beteiligung ist gleich gar nicht mehr die Rede. Dieses wurde auf ein Recht auf rechtliches Gehör reduziert.
Wie zweitrangig die Rechte von Kindern behandelt werden, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten auf bedrückende Art und Weise offenbart. Kinder und Jugendliche zählten als gesellschaftliche Gruppe zu den großen Verlierer:innen der Pandemiepolitik.
Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene, sondern haben individuelle und kollektive Bedürfnisse und Interessenlagen. Damit diesem Umstand endlich genüge getan wird, brauchen wir die Kinderrechte im Grundgesetz. Im Notstandsmodus haben sich nun die konservativen Kräfte mit ihrer Verweigerungshaltung durchgesetzt. Als Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag werden wir weiter darauf drängen, die Jüngsten unserer Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Norbert Müller, MdB,
Direktkandidat für den Wahlkreis 61

Bestes Potsdamer Integrationsprojekt gesucht

Zum 17. Mal wird in diesem Jahr der Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam ausgeschrieben. Bis zum 21. August können sich Träger, Organisationen und Verbände, private Initiativen, Vereine, Einzelpersonen und Bürgerinitiativen, Schulen und Kindergärten und andere um den Integrationspreis bewerben.
Seit dem vergangenen Jahr werden jährlich wechselnde Schwerpunkte bei der Preisverleihung gesetzt: In diesem Jahr das Thema Kinder und Jugendarbeit. In dieser Kategorie wird ein zusätzlicher Preis vergeben.
Die Integration und Inklusion spielt auch für das städtische Unternehmen ProPotsdam eine wichtige Rolle. Daher stiftet die ProPotsdam im Rahmen des Integrationspreises erneut einen ‚Sonderpreis Nachbarschaft‘.
Als bildhafter Ausdruck der Annäherung wird seit dem vergangenen Jahr neben dem Preisgeld zusätzlich der von der Künstlerin Susanne Specht geschaffenen Pokal überreicht. Die Preise werden in vier Kategorien vergeben und mit insgesamt 2000 y dotiert. In diesem Jahr werden die neuen Integrationspokale von den Gewinnerinnen und Gewinnern aus dem Jahr 2020 an die neuen Gewinnerinnen und Gewinner überreicht. Die Preisträger werden durch eine unabhängige Fachjury ermittelt. Die Festveranstaltung zur Verleihung des 17. Integrationspreises der Landeshauptstadt findet am 26. September um 13.00 Uhr statt. Die Themen in den Bewerbungen können vielfältig sein: etwa Sportprojekte interkultureller Gruppen, Begegnungen von Potsdamerinnen und Potsdamern mit und ohne Migrationshintergrund, Patenschaftsprojekte, Kulturprojekte von Einzelpersonen oder Gruppen, soziale Projekte sowie künstlerische Arbeiten. Die Bewerbung besteht aus dem vollständig ausgefüllten Bewerbungsbogen. Zusätzlich können der Bewerbung Zeitungsartikel und Fotos, aber auch Filmaufnahmen beigefügt werden. Bewerben können sich auch Projekte, die sich schon einmal beworben hatten. Das Bewerbungsverfahren endet am 21. August 2021.
Die Bewerbungsunterlagen sind zu erhalten und abzugeben beim: Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, Haus 1, R. 148, 14469 Potsdam
Tel.: (0331) 2893346 Fax: (0331) 289843346
Migrantenbeirat@Rathaus.Potsdam.de
Weitere Infos finden Sie unter www.potsdam.de/integrationspreis.

40 Jahre Frauenpower: Herzlichen Glückwunsch!

Das Filmmuseum der DDR konnte 1981 im sanierten Potsdamer Marstall eröffnet werden - vor allem auch Dank des Einsatzes der Potsdamer Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke. Der engagierte Kampf um den Erhalt und die erfolgreiche Sanierung des ältesten Gebäudes Potsdams, dem Marstall, ist eine spannende Geschichte, kann aber hier leider keinen Platz finden. Die erste Chefin des Filmmuseums war Bärbel Dalichow bis 1987, die dann das Haus auch nach der Wende bis 2013 sehr erfolgreich führte. Mit einem klugen Konzept und engagiertem Einsatz wurde das Museum mit seinen hervorragenden Ausstellungen und erlesenem Kinoprogramm, immer auch mit direktem Bezug zu den Filmemacher*innen und Schauspieler*innen der DEFA und ihrer 75 jährigen Geschichte, weithin bekannt und bekam eine Zukunft. Ab 2014, da gehörte das Filmmuseum bereits zur Filmuniversität „Konrad Wolf“ unter Leitung von Prof. Susanne Stürmer, war Prof. Ursula von Keitz Chefin des Museums. Ab 2020 wurde der langjährigen verantwortlichen Mitarbeiterin Christine Handke die Leitung des Hauses übertragen, die sie jetzt gemeinsam in einer Doppelspitze mit Dr. Ilka Brombach wahrnimmt.



Anita Tack und Christine Handke, Co-Leiterin des Museums

Diese Erfolgsgeschichte - 40 Jahre Filmmuseum Potsdam - haben wir am 3. Juni, Corona bedingt in kleinem Rahmen, gefeiert. Die Brandenburger Kulturministerin Dr. Manja Schüle und der Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert gaben uns die Ehre.

Ich bin seit vielen Jahren Mitglied im Freundeskreis des Filmmuseums und schon lange mit dem Museum und der Film-Uni eng verbunden. Vor allem durch meine Arbeit im Landtagswahlkreis. Meine freundschaftliche Beziehung zu Bärbel Dalichow machte mir die Entscheidung sehr leicht, meinen runden Geburtstag 2011, damals als Mitglied der Landesregierung, als ein öffentliches und fröhliches Fest im Filmmuseum zu begehen. Einige von Euch/Ihnen werden sich sicherlich noch daran erinnern. Bärbel Dalichow zeigte uns im Kinosaal den Augenzeugen der DEFA von Anfang April 1951. Das war für uns alle eine wertvolle Geschichtsstunde und erinnerte 6 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Hitlerfaschismus an eine unverwechselbare Aufbruchstimmung in eine neue Zeit und an die entschlossenen Forderung: Nie wieder Krieg!

Ein großes Dankeschön an alle, die sich um das Wohl des Filmmuseums mühen, aber ganz besonders an Christine Handke für ihren unermüdlichen und ideenreichen Einsatz für das Potsdamer Filmmuseum und seine Besucher*innenen.

Anita Tack, Ministerin a. D.

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Angebote im Haus der Begegnung

Im Haus der Begegnung in der Waldstadt finden Mitte Juni wieder Gruppen-, Kurs- und Beratungsangebote statt. Das Stadtteilfrühstück darf vor Ort im Außenbereich verzehrt werden. Den Suppenkaspar, ein Familienangebot mit kostenfreien Abendsüppchen gibt es ab dem 15. Juli jeden 3. Donnerstag im Monat und zum Repair-Café können die technischen Geräte fit gemacht werden.

Es gibt zudem ein neue farbenfrohe Ausstellung. Abstand halten und Maske tragen gilt allerdings nach wie vor.

Silber und Bronze bei der DM für die Potsdamer Stabies

Bei den deutschen Meisterschaften in Braunschweig konnten sich die Potsdamer Stabies in diesem Jahr mit Platz 2 und 3 gut in Szene setzen.

Dabei überquerte die Vizemeisterin Leni Freyja Wildgrube ebenso wie die Bronzemedaillen-Gewinnerin Ella Buchner (beide SC Potsdam) die 4,20 Meter souverän, musste aber beim anschließenden Versuch, ihren persönlichen Rekord erneut zu meistern, vom Kampfrichter dreimal die Rote Fahne entgegen nehmen. Somit muss sich Leni nun weiterhin zunächst um die Erfüllung der EM U23-Norm (4,25m) bemühen, hinter welcher Ella in der vergangenen Woche einen Haken setzen konnte. Bereits in der kommenden Woche werden beide Mädchen in Gräfelfing bei München erneut zweimal auf die neue Deutsche Meisterin Jaqueline Otchere treffen, welche noch um eine Teilnahme an den Olympischen Spielen kämpft. Unsere Mädchen wollen sich dagegen in wenigen Wochen der europäischen U23-Konkurrenz in Tallin stellen. Moana, als einzige U20-Springerin in diesem Feld, konnte leider erneut keinen gültigen Wettkampfsprung zeigen, hatte aber bereits die U20-EM-Norm für dieses Jahr im Vorfeld gemeistert.



Mit Moana, Leni und Ella war der SC Potsdam gleich mit drei Stabhochspringerinnen bei den Finals 2021 vertreten._
Foto: stabies-potsdam.de

„Alles hat seine Zeit“



Texte und Bilder aus dem Blütengarten Näser in Bornstedt. Von Christa und Dr. Konrad Näser und Peter Frenkel. Im Mai 2021 erschien im Eigenverlag ein Buch über den Potsdamer Blütengarten Näser mit Texten von Christa und Dr. Konrad Näser und Bildern des Dipl.-Fotografen Peter Frenkel. Die Autoren haben das Buch nach dem bekannten Bibelwort „Alles hat seine Zeit“ benannt.

Unwidersprochen: Für das Leben der Natur, des Menschen und sein Wirken mag das stimmen. Aber glücklicherweise ist es heute möglich, unsere Wirklichkeit in ihrer ganzen Vielfalt festzuhalten- Mit der Schrift und dem Bild. Wenigstens für kleine Ewigkeit.

Herausgeber des Buches ist der Verein „ Freunde der Freundschaftsinsel e.V.“ ISBN 978-3-00-068724-2

Von Klagewelle der Hohenzollern nicht einschüchtern lassen

Der Deutsche Journalisten-Verband rät Journalistinnen und Journalisten dazu, sich von Klageandrohungen der Hohenzollern-Familie gegen kritische Medienberichte nicht einschüchtern zu lassen. Allerdings müssen Berichterstatter beim Themenkomplex Hohenzollern noch sorgfältiger als sonst vor der Veröffentlichung ihre Texte und Sendungen prüfen. Der DJV reagiert damit auf eine aktuelle Dokumentation des Historikerverbands, die sich akribisch mit den Klagen des früheren Kaisergeschlechts auseinandersetzt. Fazit ist, dass selbst kleine Faktenfehler in den journalistischen Berichten mit rechtlichen Mitteln verfolgt werden, statt etwa in Form von Leserbriefen zu reagieren oder die Redaktion um eine Korrektur zu bitten.

Für den DJV-Bundesvorsitzenden Frank Überall drängt sich der Eindruck auf, dass das unnachgiebige juristische Vorgehen der Hohenzollern gegen die Medien auch dem Zweck diene, Journalisten einzuschüchtern und so Berichterstattung zu verhindern. „Diese Rechnung darf nicht aufgehen“, fordert Überall. „Auch mehr als 100 Jahre nach dem Ende der Monarchie darf es von den Nachkommen der deutschen Kaiser keinen Maulkorb für die Presse geben. Wenn die Fakten stimmen, muss berichtet werden können.“